

Genug der Landwirtschaft: es ist Zeit für «Stadtwirte»

Ganz Europa ist am Montagabend ein Stein vom Herzen gefallen: Österreich hat nicht Norbert Hofer von der Rechtspartei FPÖ zum Bundespräsidenten gewählt, sondern den grünen Alexander Van der Bellen. Noch am Sonntagabend lag Hofer vorne. Brieflich Abstimmende vor allem aus den Städten haben das Resultat gekehrt. In Österreich öffnet sich damit, wie in der Schweiz, ein tiefer Graben zwischen einem rechts-konservativen Land und links-liberalen Städten. In Österreich konnten die Städte sich durchsetzen. In der Schweiz sind die Städte politisch vom Land dominiert. Davon profitiert vor allem die Landwirtschaft. Deshalb ist es jetzt Zeit für ein neues Konzept: Das Konzept einer «Stadtwirtschaft». Mit Verfassungsauftrag, versteht sich.

Kennen Sie freies Assoziieren? Es muss ja nicht gerade eine psychoanalytische Therapie nach Sigmund Freud sein. Stellen Sie sich einfach zu den folgenden Wörtern jeweils ein Bild vor:

...bio
...öko
...umweltfreundlich
...Natur liebend
Na? Wetten, Sie haben sich einen

Bauernhof vorgestellt mit glücklichen Kühen, glücklichen Apfelbäumen und glücklichen Wiesen? Die erste Bio-Linie von Coop trug ein Logo, das genau so aussah: Das ursprüngliche Naturland-Logo zeigte einen Bauernhof mit rotem Dach, Bäumen, Feldern, Wiesen. Das bäuerliche Glück in Form eines Logos. Diese Bilder vom Öko-Land sind schön. Das Problem ist nur: Sie sind falsch. Die Stadt ist längst grüner als das Land. Und die Städte wählen auch so. Bloss in unseren Köpfen sind sie immer noch grau.

Die Bundespräsidentenwahl in Österreich ist ein gutes Beispiel dafür: *FPÖ-Kandidat Hofer war besonders in landwirtschaftlich geprägten Regionen erfolgreich*, schreibt die Wiener Zeitung «Die Presse». Der Grüne Van der Bellen siegte in den Städten. In der Schweiz sind die politischen Verhältnisse ähnlich. Und die Unterschiede zwischen Stadt und Land werden grösser. Und zwar in der Sache, wie in der Politik.

Die Forschungsstelle Sotomo der Universität Zürich und SRF haben letzten Herbst untersucht, ob sich die Schweizer Gemeinden links oder rechts, kon-

servativ oder progressiv positionieren. Als Datenbasis verwendeten sie die Ergebnisse aller nationalen Abstimmungen seit dem Jahr 1981. Das Resultat: Die Agglomerationen sind etwas konservativer geworden und etwas nach rechts gerutscht. Das hat dazu geführt, dass die SVP zum Beispiel die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative gewinnen konnte. Stadt und Land sind sich jedoch so fern wie nie: Der Stadt-Land-Graben ist tiefer und breiter geworden.

Der Grund sind die sechs grössten Städte, also Basel, Bern, Genf, Lausanne, Winterthur und Zürich. Die Städte waren schon vor 30 Jahren links, seither sind sie noch weiter nach links gerückt. Gleichzeitig sind die grossen Städte laut Sotomo-Untersuchung markant liberaler geworden. Sie sind heute liberaler als die klassisch-liberalen FDP-Gemeinden. Damit ist vor allem der Graben zwischen den progressiven, links-liberalen Grossstädten und ihren konservativeren, rechtsbürgerlichen Agglomerationen grösser geworden. Es ist also wie in Österreich: Die Städte sind grüner geworden und das Land brauner.

Dabei sind nicht nur die Städter grüner geworden, sondern auch die Städte selbst: Wer heute ökologisch leben will, zieht in die Stadt. Da sind die Wege kurz, der Flächenverbrauch gering, der Umgang mit Ressourcen optimiert. Edward Glaeser, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University, schreibt deshalb in seinem Buch *Triumph of the City: How Urban Spaces Make Us Human*, dass sich Städte für ein ökologisches Leben viel besser eignen als das Land: Wer die Natur liebt, der lässt sie möglichst in Ruhe.

Mitten in der Stadt Basel lässt es sich deutlich ökologischer leben als auf dem Land. Die Zahlen sprechen dabei eine deutliche Sprache. Ein Beispiel: Der Kanton Basel-Stadt weist die mit Abstand tiefste Autodichte der Schweiz auf. In Basel kommen nur gerade 345 Personenwagen auf 1000 Einwohner. In den Kantonen Nidwalden (619), Thurgau (621), Schwyz (631), Wallis (631) und Tessin (634), die sich am anderen Ende der Rangliste befinden, sind es fast doppelt so viele. Basler leben also diesbezüglich wesentlich umweltfreundlicher als Thurgauer, Nidwalder oder Schwyzer.

Städter wählen grüner, leben grüner, sind grüner. Die Jungen und die Reichen zieht es zurück in die Städte. Sie wollen nicht mehr täglich mit dem Auto im Stau zu stehen und in der Agglo im Beton-Einfamilienhaus ein Leben fernab von Kultur fristen. Die Stadt als Kulturraum, als Lebensraum für Menschen, ist wieder attraktiv. In der Schweiz haben die Städte aber ein Problem: Sie sind politisch untervertreten.

Die politische Schweiz ist 1848 zur Welt gekommen. Sie ist damit vor der grossen Industrialisierung entstanden. Ihre politischen Strukturen sind auf ländliche Regionen zugeschnitten. Obwohl die Schweiz ihr Geld in den Städten verdient, obwohl die Städte für Bildung und Innovation (und damit für den einzigen «Rohstoff» der Schweiz) sorgen, werden sie strukturell von ländlichen Kleinkantonen dominiert. Die progressiven Städte werden von rechtskonservativen Landkantonen ausgebremst, obwohl die Städte über den Finanzausgleich und über die massiven Landwirtschaftssubventionen dafür sorgen, dass die Landkantone überleben.

Dazu kommt ein verqueres Selbstbild der Schweiz: Obwohl mehr als zwei Drittel der Schweizer in Städten oder städtischen Agglomerationen wohnen, stellt sich die Schweiz immer noch als ländliches Land vor. In ihren Träumen ziehen die Schweizer weiterhin mit Heidi auf die Alp und kämpfen sich mit Schellen-Ursli ins Maiensäss zur Glocke vor. Städtische Mythen gibt es nicht. Das ist fatal. Denn die Träume haben ganz konkrete Auswirkungen. So spart der Bund derzeit zwar an allen Ecken und Enden, bloss die Bauern erhalten mehr Geld. Mit 3,5 Milliarden Franken jährlich stützt die Schweiz ihre Landwirte. Dieser Betrag ist in den letzten zehn Jahren stabil geblieben, obwohl die Zahl der Betriebe zurückgegangen ist.

Dazu kommen eine Reihe von indirekten Stützungsmaßnahmen: Der Grenzschutz vor günstigeren Importen aus dem Ausland stützt die Schweizer Landwirtschaft laut der OECD mit weiteren zwei Milliarden Franken pro Jahr. Geld, das aus der Tasche der Konsumenten kommt. Das Steuerprivileg für Baulandbauern, seit dem Fall Parmelin landesweit bekannt, ermöglicht den Bauern Einsparungen im Wert von

rund 400 Millionen Franken pro Jahr. Die Rückerstattung der Mineralölsteuer hat einen Umfang von 65 Millionen Franken pro Jahr. Bauern kommen in den Genuss eines tieferen, steuerbaren Eigenmietwerts und Landwirte sind von der Mehrwertsteuer beim Verkauf von Erzeugnissen aus der eigenen Produktion befreit. Und das sind nur Beispiele. Einem Städter wird da ganz schwindlig.

Kein Zweifel: Wir Städter müssen dem konservativen Land und den so arg bevorzugten Landwirten etwas entgensetzen. Ein Vorschlag: An die Stelle des Landwirts soll in der Schweiz der Stadtwirt treten, an die Stelle der Land und Geld verschlingenden Landwirtschaft die städtische Digitalwirtschaft. Der Artikel 104 «Landwirtschaft» der Bundesverfassung wäre zu ergänzen um einen Artikel über die Stadtwirtschaft:

Der Bund sorgt dafür, dass die Städte durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag leisten zur:
a. digitalen Versorgung der Bevölkerung;
b. Erhaltung der Stadt als kultureller Lebensgrundlagen und zur Pflege der

Kultur;
c. zentralisierten Besiedlung des Landes.

Stadtwirte. Denn die Zukunft der Schweiz liegt in ihren Städten.

Basel, 27.5.2016
mz@matthiaszehnder.ch

Quellen:
Stadt/Land
<http://diepresse.com/home/politik/bpwahl/4994704/Hofer-siegt-in-funf-Laendern-Van-der-Bellen-in-Staedten>

Sotomo-Studie Schweiz
<http://www.srf.ch/news/infografik/stadt-und-land-sind-politisch-in-festenhaenden>

Verkehrsstatistik Schweiz
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/11/03/blank/02/01/02.html>

Bauernprivilegien
<http://www.nzz.ch/schweiz/sonderregelungen-fuer-bauern-die-versteckten-privilegien-der-landwirtschaft-ld.83350>